

wart voraus, wirksam bezeichnet durch Brot und Wein, die in diesem Mysterium sein Leib und Blut werden.“ Hier vermerkt die zweite Fußnote: Das Wort *Transsubstantiation* sage in der römisch-katholischen Kirche aus, daß Gott, der in der Eucharistie handelt, „in der inneren Realität der Elemente einen Wandel bewirkt“. Der Begriff sollte verstanden werden als Betonung der Gegenwart Christi und des Mysteriums radikaler Verwandlung. Die heutige katholische Theologie erkläre damit nicht das Wie der Wandlung. — Der Text fährt fort: „Die wirkliche Gegenwart seines Leibes und Blutes kann jedoch nur im Kontext des erlösenden Handelns verstanden werden, durch das er *sich selber* gibt . . .“ Einerseits entspringt die eucharistische Gabe dem Pascha-Mysterium des Todes und der Auferstehung Christi, in welchem Gottes rettende Tat schon definitiv realisiert ist; andererseits muß sein Vorhaben das Leben des gekreuzigten und auferstandenen Christus seinem Leibe, der Kirche, zuwenden.

7. „Christus ist auf verschiedene Weisen gegenwärtig und tätig in der ganzen eucharistischen Feier. Derselbe Herr läßt durch das verkündete Wort sein Volk zu Tisch, er hat durch seinen Diener (minister) am Tisch den Vorsitz, und er gibt sich selbst sakramental *in* Leib und Blut des Pascha-Opfers. Er ist der Herr, der zur Rechten des Vaters sitzt, und transzendiert die sakramentale Ordnung. Somit bietet er seiner Kirche *in* den eucharistischen Zeichen die besondere Gabe seiner selbst an.“

8. „Der sakramentale Leib und das Blut des Erlösers sind gegenwärtig als eine Gabe an die Gläubigen, die ihn erwarten. Trifft sein Geben auf Glauben, so entsteht eine lebenspendende Begegnung. Durch den Glauben wird die Gegenwart Christi — die *nicht vom Glauben des einzelnen abhängt*, um des Herrn wirkliche Gabe seiner selbst an die Kirche zu sein — nicht nur Gegenwart für den Glaubenden, sondern auch Gegenwart *mit* ihm.“

9. „Das Wort des Herrn . . . ‚Nehmt und eßt, dies ist mein Leib‘ erlaubt uns nicht, die Gabe seiner Gegenwart und den Akt des sakramentalen Essens zu trennen. Die Elemente sind nicht bloße Zeichen; der Leib und das Blut Christi werden wirklich gegenwärtig und wirklich gegeben,

damit die sie empfangenden Gläubigen in Communion mit Christus dem Herrn vereint werden.“

10. „Nach der traditionellen Ordnung der Liturgie führt das konsekratorische Gebet (anaphora) zur Kommunion der Gläubigen. Durch dieses Gebet der Danksagung, ein an den Vater gerichtetes Wort des Glaubens, werden Brot und Wein Leib und Blut Christi in Wirkung des Heiligen Geistes . . .“

11. „In der eucharistischen Feier antizipieren wir die Freude des kommenden Äon . . .“

Der Schlußabschnitt urteilt: „Wir glauben, eine substantielle Übereinstimmung über die Lehre von der Eucharistie erreicht zu haben. Obwohl wir alle von traditionellen Weisen bestimmt sind, unseren eucharistischen Glauben auszudrücken und zu praktizieren, sind wir überzeugt, daß wir verbleibende Unstimmigkeiten nach vorstehenden Prinzipien lösen können.“ Es gebe vielerlei theologische Lösungen, aber es sei die Aufgabe gewesen, einen Weg über die Lehrunterschiede der Vergangenheit hinaus zu finden. So sei zu hoffen, daß nach dieser Übereinkunft die Lehre von der Eucharistie „nicht länger ein Hindernis für die Einheit“ sein muß. Interkommunion wird aber nicht angeregt.

### Folgen des Konsensus

Dieses Urteil mag zutreffen, wenn das Gesamtprogramm im Blick bleibt. Die „Church Times“ bemerkte zu Recht, das „Schlüsseldokument“ sei Grund zur Freude, zu Hoffnung und Gebet, aber es rechtfertige keine sofortige Interkommunion, wie begeisterte Zuschriften anregten. Die Ge-

fahr negativer Reaktionen aus beiden Lagern sei groß. Kardinal *Journet*, der dem Papst nahesteht, hat in „Nova et Vetera“ (Dezember 1971) die Relativierung der Transsubstantiation verurteilt. Verfrühte Folgerungen vor Abschluß des nächsten Treffens über das kirchliche Amt könnten den Stufenplan der Gemischten Theologenkommission stören. Diese Auffassung wird bestätigt durch einige Bemerkungen, die Kardinal *Jan Willebrands* am 17. 1. 1972 in einer Rundfunkansprache zur Weltgebetsoktav 1972 machte. Im Unterschied zu der mehr beiläufigen Erwähnung des katholisch-lutherischen Dokumentes „Das Evangelium und die Kirche“ unterstrich er die *große Bedeutung* des Konsensus, den die Gemischte Kommission aus anglikanischen und katholischen Theologen über die Lehre von der Eucharistie erreicht habe. Er sagte, dies sei noch kein Konsensus der vertretenen Kirchen, sondern nur die einstimmige Überzeugung der je 12 Theologen. Im Rahmen einer Prüfung des Textes durch die kirchlichen Autoritäten sei eine Befragung sowohl der katholischen Episkopate in Ländern mit anglikanischen Kirchen wie auch der betreffenden anglikanischen Bischöfe eingeleitet worden. Nach Eingang der Stellungnahmen zu dem Text der Kommission werde diese den Wortlaut nochmals überarbeiten, um ihm die endgültige Fassung zu geben. Man darf diesem gründlichen Verfahren, das auch für die Konzilstexte angewandt wurde, entnehmen, daß beiden Partnern daran liegt, zu einem Konsensus der Kirchen zu gelangen. Die scheinbare Verzögerung ist somit vielleicht doch bereits ein erster Schritt der Rezeption.

## Konflikte um den Reformkurs der spanischen Kirche

Seit der spanischen *Klerusversammlung* im September 1971, die sich öffentlich für die Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen hat, herrscht ein gespanntes Verhältnis zwischen der Regierung und den spanischen Reformbischöfen (vgl. HK, Dezember 1971, 562). Die Regierung hatte zwar der offiziellen Presse verboten, über das Ergebnis der Klerusversammlung zu berichten, zunächst

jedoch auf eine öffentliche Stellungnahme verzichtet.

Die scharfe Kritik, die Staatssekretär *Alfredo Lopez* und nach ihm Staatschef *Franco* selbst an regimekritischen katholischen Geistlichen übte, war durch die Publikation eines *Arbeitsdokumentes der spanischen Kommission „Justitia et Pax“ zum Weltfriedenstag* ausgelöst worden. Das Dokument, das unter der

Leitung des Bischofs von Huelva, R. González Moralejo ausgearbeitet wurde, trägt den Titel „Wenn du den Frieden willst, so trachte nach der Gerechtigkeit“ und enthält eine kaum verschleierte Anklage gegen das spanische Regime. Da in Spanien keine Gerechtigkeit herrsche, könne es auch keinen Frieden geben, heißt es in dem Dokument, das am 19. 12. 1971 (in einer gewissen Anzahl von Kirchen) in mehreren Diözesen verlesen wurde (NC, 7. 1. 1972). Zwar habe das Ende des Bürgerkriegs der spanischen Gesellschaft äußerlich den Frieden gebracht, der von einem wahren Frieden jedoch weit entfernt sei. Die Diskrepanz zwischen einem offiziellen und einem wirklichen Frieden hätten die innenpolitischen Vorgänge in Spanien gerade in letzter Zeit immer wieder gezeigt. Die Situation sei gekennzeichnet durch Haß, Gewalt, Drohungen, Verhaftungen und durch die Aufhebung der demokratischen Grundrechte wie Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit. Das Dokument wendet sich gegen die Folterungen der Polizei, die schon in der Stellungnahme der Klerusversammlung verurteilt worden waren, und gegen die Mißachtung der Menschenwürde. Als Angriff gegen den Frieden bezeichnet der Text die ungerechte *Diskriminierung bestimmter politischer, sozialer und ethnischer Gruppen* sowie die Ungerechtigkeiten innerhalb des in Spanien etablierten Wirtschaftssystems. Der Kirche aber falle die Aufgabe zu, in allen Bereichen die Ungerechtigkeit zu entlarven und zu bekämpfen, denn man könne nicht gerechtes Handeln von Menschen verlangen, die gezwungen seien, unter einer institutionalisierten Ungerechtigkeit zu leben.

Das Dokument durfte in keiner spanischen Zeitung oder Zeitschrift veröffentlicht werden, doch wurde es in der interessierten Auslandspresse (z. B. in Le Monde, 23. 12. 71) ausführlich wiedergegeben. Es provozierte den Protest des spanischen Außenministeriums gegenüber dem Apostolischen Nuntius (vgl. Vida Nueva, 1. 1. 1972). Und Staatssekretär Lopez bezeichnete in einer Rede in León den Text als häretisch und von marxistischem Ideengut durchsetzt. Das Resultat der neuen Tendenzen in der katholischen Kirche sei, daß man das Himmelreich in der Verwirklichung des sozialen Fortschritts sähe und Christus als Vorläufer des modernen Sozialismus interpretiere. „Die Auf-

gabe der Kirche“, so betonte Lopez, „ist nicht eine politische, wirtschaftliche oder soziale, sondern eine *ausschließlich religiöse*“ (vgl. Le Monde, 23. 12. 71).

### Der Staatschef warnt und droht

General Franco selbst nahm zum gleichen Problem in seiner Neujahrsansprache mit unerwartetem Nachdruck Stellung. Er sagte wörtlich: „Die katholische Kirche und der Staat konstituieren zwei mächtige und vitale Kräfte, deren Ziele darin übereinstimmen, die Vervollkommnung des Menschen und sein geistiges und materielles Wohlergehen zu fördern. Jede Nichtübereinstimmung ihrer Ziele würden zu einer schrecklichen sozialen Krise führen. Die gegenseitige Respektierung der Freiheit jeder der beiden Institutionen ist die Garantie einer harmonischen Zusammenarbeit in der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele.“ (nach ABC, 31. 12. 1971.) Dagegen verurteilte Franco die *Haltung mancher Geistlicher in weltlichen Fragen*, denen „der Staat nicht tatenlos zusehen“ dürfe. Damit hat die spanische Regierung zum erstenmal Maßnahmen gegen den spanischen Klerus angedroht, um die sich ihrem Einfluß schrittweise entziehende katholische Kirche wieder auf die „regimegerechte Linie“ zu bringen. Franco warnte die Kirche davor, die Fehler des Regimes in der geschichtlichen Vergangenheit wieder wachzurufen und dadurch den Bruch der nationalen Einheit zu provozieren. Diese Warnung bezog sich auf das „Schuldbekenntnis“ der Klerusversammlung zu den Geschehnissen während des spanischen Bürgerkrieges.

### Die Stimme des neuen Erzbischofs von Madrid

Als eine Art Antwort der spanischen Kirche, die seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil eine tiefgreifende Wandlung durchgemacht hat und das Engagement in der Welt als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, kann das Grußwort des Kardinals V. Enrique y Tarancón an die Gläubigen anlässlich seiner Inthronisation in der Kathedrale von Madrid-Alsola gesehen werden.

Der Kardinal erklärte: „Ich komme zu Euch im Namen des Herrn Jesus Christus. Ich repräsentiere keinerlei menschliche Autorität, noch eine so-

ziale oder wirtschaftliche Macht.“ Diesen Worten, die die Distanzierung des Episkopats von der Regierung und den Verzicht auf die privilegierte Stellung der Kirche unterstreichen, ging ein deutliches Bekenntnis voraus.

„Ich verstehe mich als Diener der Armen, derer, denen das Notwendigste zu einer menschenwürdigen Existenz fehlt; derer, die keine Stimme haben, um ihre legitimen Forderungen zu verteidigen; derer, denen das Bewußtsein ihrer menschlichen Würde fehlt, derer, die in Angst leben . . . Möge ich die Stimme derer sein, die nicht gehört werden, und die Rechte derer verteidigen, denen man nur Pflichten zugesteht“ (nach ABC, 9. 1. 72).

Zu der Stimme des Kardinals Tarancón, der als stärkster Verteidiger des „neuen Kurses“ der spanischen Kirche gilt, der mit der Klerusversammlung zum Durchbruch gelangte, gesellte sich u. a. ein *Hirtenbrief des Bischofs von Málaga, A. Suquia Goicoechea*, der heftige Kritik an den Strukturen der spanischen Gesellschaft übte. Der Bischof nahm seinen Ausgangspunkt bei der Situation der eigenen Diözese, die von katastrophaler Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, und forderte eine dringende Modifikation der gegenwärtigen Strukturen in Spanien. Er tadelte die Organisation der Arbeit in der spanischen Gesellschaft sowie die Verteilung der Löhne, die Wohnverhältnisse der Arbeiter, den Mangel an Chancengleichheit und an sozialer Fürsorge. Er betonte auch die ungerechte Verteilung der Gewinne und forderte die freie und verantwortungsvolle Teilhabe aller an den sozialen und politischen Aufgaben und Entscheidungen des Volkes (vgl. La Croix, 4. 1. 72).

Während in der regierungsfreundlichen Presse Spaniens die Warnung des Staatschefs mit teils scharfer Kritik am sozial engagierten Klerus begleitet wurde, die Ausdruck eines anwachsenden „Antiklerikalismus von rechts“ sind, und während sogar dem päpstlichen Nuntius Einmischung in die politischen Angelegenheiten Spaniens vorgeworfen wurde, verteidigte das Organ der Katholischen Aktion, das offiziöse Sprachrohr des Episkopats „Ecclesia“, in einem Leitartikel (8. 1. 72) die kritisierten Bischöfe und Kleriker: „Die Kirche

kann in keiner Weise darauf verzichten, ihr prophetisches Amt, ihre Soziallehre zu verkünden und die Verletzungen der Gerechtigkeit aufzuzeigen. Indem sie das tut, darf sie zeitliche und politische Themen aufgreifen, aber ihre Aktion kann auf keinen Fall als politische Einmischung qualifiziert werden.“

### Die Schranken des Konkordats

Diese Stellungnahmen — unmittelbar nach der Drohung des Generals Franco gegenüber der Kirche — lassen daran zweifeln, daß es dem

Regime gelingen wird, die katholische Kirche wieder zu ihrer früheren apolitischen Haltung zurückzubringen und aus ihr wieder die Vertreterin einer regimetreuen „Staatsreligion“ zu machen.

Beobachter in Spanien sehen die Wendung in der Kirche zu einem unabhängigeren, sozial kritischeren Kurs vor dem Hintergrund der wachsenden Erosionserscheinungen im Zuge der industriellen Revolution der letzten zehn Jahre. Die religiöse Praxis im Volk geht zurück, gleichzeitig aber wächst die Offenheit der Gesamtkirche für ein Engagement in

der Welt. Die spanische Kirche, oder jedenfalls eine wachsende Mehrheit im Episkopat, sieht sich jedoch immer noch durch die spezielle politische Situation in Spanien an der Auseinandersetzung mit der neuen Problematik und an einer freien Reform der Kirche gehindert. Von daher sind die in letzter Zeit immer intensiveren Bemühungen der Kirche um eine Erneuerung des Konkordats von 1953 zu verstehen, das die Hierarchie hindert, sich eindeutig auf die Seite der individuellen und sozialen Rechtsansprüche der benachteiligten Bevölkerungsschichten zu stellen.

## Vorgänge und Entwicklungen

### Entwicklungspolitik in der Krise

#### Fakten, Probleme und Überlegungen im Blick auf die 3. Welthandelskonferenz

Von Krisenstimmung zu reden, scheint derzeit fast „modern“ zu sein, und deshalb geraten echte Krisen leicht in die Gefahr, übersehen oder zumindest nicht ernst genommen zu werden. Nach einer Flut von Resolutionen, Deklarationen, Versprechungen, Plänen und Papieren schien Anfang 1971, zu Beginn der Zweiten Entwicklungsdekade, vielen Verantwortlichen die Entwicklungshilfe einigermaßen „geregelt“ zu sein. Zwar tauchte bereits damals vielfältige Skepsis über die Verwirklichung der gesteckten Ziele und über die Lösung der anstehenden Probleme auf, doch vertraute man gleichzeitig auf das eigene Wachstum, in dessen Gefolge dann für die Entwicklungsländer ein entsprechender Anteil „abspringen“ sollte. Wirtschafts- und währungspolitische Entwicklungen in den Industrienationen machten jedoch schon bald viele Konzepte zunichte.

Die Weltwährungskrise und Zusatzzölle sowie inflationäre Tendenzen beeinträchtigen die Entwicklungspolitik in bisher kaum gekanntem Maße. Gleichzeitig nimmt die *Verschuldung* der Entwicklungsländer immer mehr zu — 1971 sollen es bereits 80 Milliarden US-Dollar gewesen sein — und die Bereitschaft zur Hilfe nimmt immer mehr ab. Die Senkung der Auslandshilfe der USA und die Diskussion über diese Hilfe ist nur ein Anhaltspunkt dafür. Der indisch-pakistanische Krieg scheint die Hilfsbereitschaft und die öffentliche Meinung in der Frage der Entwicklungshilfe in starkem Maße negativ beeinflusst zu haben. Jetzt scheint es so, daß zu Beginn der Zweiten Entwicklungsdekade zwar die Fahrpläne erarbeitet und die Weichen gestellt worden sind, daß nun aber die Züge unpünktlich, falsch, mehr oder weniger leer, teilweise überhaupt nicht fahren. An den Zielorten breiten sich Ungeduld, Enttäuschung, Ärger und Angst aus. *M. Guernier* meinte kürzlich, es sei an der Zeit, ein „Schwarzbuch“ der Fehler anzulegen, die seit der bewußten Kenntnisnahme der Probleme der Dritten Welt in den fünfziger Jahren begangen worden sind (vgl. *Le Monde*, 5. 1. 72).

In ein solches „Schwarzbuch“ gehört aber auch die Sicht der Zukunft. Demnach muß man davon ausgehen, daß im Jahre 2000 in der industrialisierten Welt (USA, Sowjetunion, Europa, Japan) 1,5 Milliarden Menschen leben werden, die jeweils 5 000 bis 10 000 Dollar pro Jahr verbrauchen können, während 4,5 Milliarden Menschen in der Dritten Welt nur über 500 Dollar verfügen werden.

#### Unterentwickelte Öffentlichkeitsarbeit

All diese Fragen und Aussichten sind nicht neu. Und doch ist erschreckend, wie leicht die jetzigen und sich anbahnenden ungerechten und die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößernden Entwicklungen in dem Moment vergessen werden, in dem Eigeninteressen berührt und der eigene Wohlstand stagniert oder in seinen Ausmaßen gefährdet ist. Bundesminister *E. Eppler* sprach bereits von einer „Eskalation des Mißbehagens“, die in vollem Gange sei. *Emotionen* gewinnen an Boden. So schrieb die „Welt“ (3. 1. 72) unter der Überschrift „Krieg für unser Geld?“ u. a.: „Das Wort von der friedliebenden Dritten Welt, jahrelang von Kreisen, die sich progressiv nennen, wie ein Banner geschwenkt, ist auf den Schlachtfeldern des indischen Subkontinents dahingewelkt.“ Darauf folgte eine Attacke gegen die Kapitalhilfe: „Wenn man bei der Entwicklungshilfe außenpolitische Gesichtspunkte beiseite läßt, wie es Minister Eppler immer fordert, ist es dann noch Aufgabe des Staates, mit Hilfe von Steuern sich karitativ zu betätigen?“ Wenn das Mißbehagen in dieser verzerrenden und unverantwortlichen Weise von einem Teil der Presse auch noch gefördert wird, muß man sich über die Folgen nicht wundern. Dann nützt es auch nicht viel, daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (14. 1. 72) zu dem gleichen Komplex u. a. schreibt: „Vielleicht werden Historiker es später niederschreiben: Ende 1971 wurde die Welt Zeuge des ersten Krieges, dessen Ursache die Übervölkerung dieses Krisenherdes war... So gesehen,